

(Teil-) Erfolg für Pfisterunterstützungsgruppe

Seit Januar diesen Jahres engagieren sich vor allen Dingen viele Eltern von SchülerInnen der Pfisterschule für den Erhalt der Pfisterschule.

So hat die Pfisterunterstützungsgruppe am 11.08.2010 sogar ein Bürgerbegehren mit den nötigen ca. 4400 Unterschriften eingereicht.

Die Stadt Fürth mußte deshalb -erstmal seit vielen Jahren- eine Ferienausschußsitzung mit dem einzigen Tagesordnungspunkt „Bürgerbegehren Pfisterschule“ einberufen. Es wurde dort über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens entschieden, ob also ein Bürgerentscheid durchzuführen ist.

Die Durchführung eines Bürgerentscheides wurde zwar für unzulässig erklärt, aber der Bürgermeister und Schulreferent Markus Braun hat für den versammelten Ausschuß sinngemäß erklärt, daß das Gebäude Pfisterschule nicht privatisiert werden wird. Es soll eine öffentliche soziale Nutzung beibehalten werden. Der Stadtrat wird über den Fortgang der Nutzung des Gebäudes informiert. Sogar die CSU hat die Argumentation der Linken übernommen und entgegen Ihres Landes-CSU -die immerhin die Mittelschulreform zu verantworten hat- im Stadtrat gefordert, daß das Gebäude in Zukunft der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen müsse und soziale Einrichtungen dort aufgenommen werden sollen. Aktuell befinden sich die Kulturbrücke der Fürther Arbeiterwohlfahrt im Erdgeschoß und sechs Schulklassen der FOS und BOS im 2. Obergeschoß im Pfisterschulgebäude. Für uns BürgerInnen heißt es wachsam sein, ob sich die Stadt an ihre eigenen Zusagen hält.

DIE LINKE im Fürther Stadtrat hat in der Sondersitzung des Fürther Stadtrates am 08.09.2010 die Durchführung eines Bürgerentscheides für zulässig gehalten. Denn das Argument hinter dem sich die Stadt Fürth versteckt hat, war nämlich, daß jetzt nicht mehr die Stadt zuständig sei, sondern der Freistaat Bayern, in Form der Regierung von Mittelfranken. Daß die Kompetenz abgegeben wurde.

Aber bereits am 11.08.2010 hat die Pfisterunterstützungsgruppe, die Unterschriften bei der Stadt Fürth abgegeben und den Antrag auf Durchführung eines Bürgerentscheides eingereicht.

Und erst am 28.08.2010 war die Veröffentlichung der Schulschließung im Amtsblatt, erst ab da war die Stadt Fürth nach den Angaben des Rechtsreferenten nicht mehr zuständig. Bis dahin hätte die Stadt also handeln können.

Und der von der Stadt nun bestimmte entscheidende Termin soll nun aber die Ferienausschußsitzung vom Mittwoch, 08.09.2010 sein ? Noch schnell zusammen mit dem Freistaat Bayern, der Reg. v. Mf., schnell gemeinsame Sache machen, gegen die mündigen BürgerInnen, die sich demokratisch einbringen, und gegen eine Schule und Bildung. Bei so einem wichtigen Inhalt solche Tricks.

Die Einreichung des Antrages muß ausschlaggebend sein ! Sonst wäre es ja Willkür die Sache hinzuziehen und den entscheidenden Termin einfach später zu legen, wie es getan wurde.

In der mir bekannten Kommentierung heißt es: „Grundsätzlich gilt dabei jedoch, dass die Gemeinde nicht selbst Tatsachen schaffen darf, die alleine eine objektive Zwangslage herbeiführen. Derartige selbstgeschaffene Fakten sind nicht zu berücksichtigen.“ (zitiert aus: „Merkblatt zur Durchführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden in Bayern; verfasst von Rechtsanwälten des Vereins Mehr Demokratie e.V.). Juristisch also höchst fragwürdig, das Vorgehen der Stadt, das mit dem Freistaat Bayern abgesprochen ist.

Ein Bündnis der regierenden Fürther SPD mit der regierenden Landes-CSU. Und die oppositionelle lokale CSU wurde zusammen mit den LINKEN im Fernsehen beim Demonstrieren für die Pfisterschule gezeigt.

Von der LINKEN im Fürther Stadtrat wurden auch viele Argumente der oppositionellen Landes-SPD verwendet.

Die Stadt Fürth hat die Schließung bei der Regierung von Mittelfranken, also bei dem Freistaat Bayern beantragt, also kann auch ein Stadtratsbeschluß mit Antrag auf Beibehaltung getroffen werden.

Laut Zeitungsbericht befinden sich im Erdgeschoß und 2. Stock schon wieder MieterInnen, zum Glück mit sozialem Hintergrund; die Awo und Schulklassen. Ein Teilerfolg. Trotzdem war es einfach falsch zu behaupten, daß das Gebäude in einem baulich schlechten Zustand ist, der eine Nutzung ausschließen würde, was einfach falsch ist. Dieser Schließungsgrund war falsch.

Die Kinder haben längere Schulwege und sind länger unterwegs; die ersten Beschwerden nach Einführung der Mittelschulreform sind auch schon aus dem Landkreis zu vernehmen.

In Nürnberg wurde kurzfristig auch einmal eine Schule geschlossen, was den Verantwortlichen nicht so gut bekam, bei den nächsten Kommunalwahlen.

Es wurde kurz vor der Stadtratssitzung vom 24.02.2010, wo der Antrag auf Schließung beim Freistaat Bayern beschlossen wurde, ein vollkommen unsachlicher „Evaluationsbericht“ unrechtmäßig veröffentlicht. Hierbei ist es nicht ausgeschlossen, daß wankelmütige StadtratskollegInnen damit erreicht werden sollten, um in der entscheidenden Stadtratssitzung vom 24.02.2010 für den Antrag auf Schließung beim Freistaat Bayern zu stimmen.

Der „Evaluationsbericht“ ist unsachlich, ohne daß sich die Angewandten dazu äußern konnten.

Der Jugendpolizist Jochen, die Sozialpädagogin Birgit und der Chef Karl-Heinz haben den SchülerInnen der Pfisterschule beigebracht, daß man „Gewalt auch mit Worten lösen kann“ (Auszug aus dem Jahresbericht der Pfisterschule für 2009).

Auch Schulbedienstete und Beamte dürfen sich für den Erhalt ihrer Schule einsetzen ! Das Streikverbot heißt nicht Ende der demokratischen Beteiligung.

Die Pfisterschule muß im öffentlichen Eigentum bleiben und als Haus der Bildung, unabhängig vom Geldbeutel, erhalten bleiben.

Für uns LINKE bleibt es dabei, daß wir

Gute Ausbildung und Lehrstellen für unsere Kinder

fordern.

Wir sind gegen Schulschließungen.

Wir kritisieren das G8, den „doppelten Abitur-Jahrgang“, und den damit verbundenen Streß für die SchülerInnen.

Wir kritisieren den LehrerInnenmangel in Bayern.

Wir fordern viel mehr Ganztageschulen, damit alle Kinder, die dort hinwollen, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, dort hinkönnen und die Lernangebote unentgeltlich wahrnehmen können.

Wir erklären uns solidarisch mit anderen Initiativen gegen Schulschließungen genauso wie mit den Initiativen gegen das G8 und gegen Studiengebühren.

Menschen sind wir alle, und Kinder – sind Kinder. Punkt.

Ulrich Schönweiß, 11.September 2010